

# Berliner Tageblatt

Nr. 503

und Handels-Zeitung

Freitag, 23. Oktober 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

## Der Völkerbund über den Balkanostreit.

## Politik und Volkswirtschaft in Ungarn.

### Einberufung des Rates nach Paris.

Am Montag nachmittag in Paris.  
(Telegramme unserer Korrespondenten.)

**Genf, 23. Oktober.**  
Der Generalsekretär des Völkerbundes erhielt ein Telegramm der bulgarischen Regierung, worin die Beziehung des bulgarischen Gebietes durch griechische Truppen protektiert und die sofortige Einberufung des Völkerbundrates verlangt wird. Der Generalsekretär setzte sich hierauf telefonisch mit Briand in Verbindung. Es wurde festgestellt, daß der Völkerbundrat am nächsten Montag, nachmittags 5 Uhr, in Paris zur Behandlung des griechisch-bulgarischen Konfliktes zusammentritt.

**Sofia, 23. Oktober.**  
Der griechische Aufmarsch dauert fort. Die Griechen ziehen heute die unbesetzte Stadt Petritsch, die seitens von Mächten bewohnt ist. Die bulgarische Regierung betam den Befehl, alles zur Vermeidung der Verletzung des Zwischensfalls zu tun. Sie hat gestern einige Züge in der Gegend von Petritsch geräumt. Die Griechen sind schon sechs Kilometer weit bulgarischem Gebiet. Die Empörung wegen dieses Überfalls, der trotz zweifacher bulgarischer Untersuchungsberichte von den Griechen übernommen wurde, ist hier sehr groß. Die bulgarische Regierung wendet sich gegen an den Völkerbund mit der Bitte um Intervention. In Regierungskreisen wird behauptet, Bulnen werde, weil auf die bulgarischen Vorschläge keine Antwort käme, auf die griechische Protestnote ebenfalls nicht antworten. Bulgarien werde nicht mit Griechenland verhandeln und die Entscheidung des Völkerbundes abwarten.

**Wien, 23. Oktober.**  
Durch den Rücktritt des Außenministers ist die Verfolgung des Verfahrens mit offiziellen Nachrichten in Ordnung gekommen. Es scheint, als ob die griechischen Truppen sich vor der Grenze angehalten worden sind (?). Man hier erst die bulgarische Antwort auf die letzte Note abwarten will. Es ist jedoch fraglich, ob die Befehlsbefugnisse unterliegen der Zensur.

**London, 23. Oktober. (M. Z. S.)**  
Eine um Mitternacht aus Athen abgehende Reutermeldung besagt, daß die Bulgaren das griechische Gebiet geräumt hätten. Die griechische Regierung habe daher dem Völkerbund der griechischen Truppen Einhalt geboten, wenn auch ihre Stellungungen hätten würden, bis Bulgarien die griechische Note beantwortet habe.

**Paris, 23. Oktober.**  
Die französischen Zeitungen erhalten Nachrichten aus Sofia und Athen, die auf eine Verschärfung der Lage hindeuten scheinen. Am Donnerstag morgen begann der Feuer auf den Höhen der Struma. Die Griechen besetzen drei bulgarische Posten und marschieren mit zwei Bataillonen und Schützenregiment gegen Petritsch. Eine weitere Depesche meldet, Petritsch besetzt sei. Neben die Abzügen Bulgariens werden einander widersprechende Informationen gebracht. Ein Telegramm der britischen „United Press“ teilt mit, daß Bulgarien Griechenland den Krieg erklärt habe; eine Depesche der „Matin“ von seinem Korrespondenten in Sofia erzählt, daß ein Protest Bulgariens beim Völkerbund. Eine zweite Meldung des gleichen Korrespondenten sagt, daß bulgarische Regierung die Truppen von der Grenze zurückgezogen habe, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Schließlich legt auch noch ein Telegramm aus Athen, daß die „Annahme des griechischen Ultimatum“ die bulgarische Regierung anzeigt. Die französische und die bulgarische Regierung achten mit größter Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in Frankreich hat seine Vertreter in Sofia und Athen angeordnet, für eine Lösung des Konfliktes auf friedlichem Wege Schritte zu tun.

**Wien, 23. Oktober. (Meldung der Agence d'Athènes.)**  
Der Oberbefehlshaber der griechischen Armee in Mazedonien: „Da die Bulgaren in der Gegend von Demir-Hisar auf griechischem Gebiet standen, wurde ich, um die großen Gefahren zu vermeiden, die ein Grenzangriff nach sich gezogen hätte, sowie aus anderen strategischen Gründen dazu gezwungen, meine Kräfte bis Petritsch und nächstlich nach Aulavortzuziehen, was die Bulgaren nötigte, das griechische Gebiet zu räumen“. Die griechische Regierung erteilte darauf Befehl, den Vormarsch der Truppen einzustellen. „Als die Bulgaren keinen neuen Angriff unternahm“, wird amtlich gemeldet, daß die Bulgaren in Demir-Capu Verstärkungen erhalten haben. Der griechische Oberbefehlshaber stimmt eine Einziehungsbewegung an den Höhen Petritsch, um die Bulgaren zur Räumung des griechischen Gebietes zu zwingen. Man glaubt, daß der Fall in Petritsch unmittelbar bevorstehe. Die Bulgaren leisteten keinen Widerstand. Die griechischen Verluste seien gering. Die Bulgaren wurden gefangen genommen. Das antiken Kreisel wird mitgeteilt, die griechische Regierung beschloß durch ihre diplomatischen Vertreter im Auslande wie

in Besprechungen mit den Vertretern der Mächde in Athen ihre friedlichen Absichten betont, die sie übrigens dadurch bewiesen habe, daß sie ihren Schritt bei der bulgarischen Regierung den Charakter eines Ultimatum zu geben verweigerte.

Das Wichtigste, was über den noch immer nicht unbedeutlichen Stand des griechisch-bulgarischen Konfliktes heute gemeldet wird, sind drei Tatsachen: einmal, daß die von Athen nach Sofia gerichtete Forderung nicht den Charakter eines Ultimatum trägt, sodann, daß der Völkerbund interveniert und daß die griechischen Truppen, die bis nach Petritsch auf bulgarisches Gebiet vorgezogen sind, den Befehl erhalten haben, den Vormarsch einzustellen. Das es demnach bei der gespannten Lage und in jeder unkontrollierbaren Gegend noch zu einigen Einschüdüngen kommen kann, die man völkerrätlich als „Kriegseinschüdüngen“ bezeichnen könnte, bleibt nicht ausgeschlossen. Trotzdem braucht man ganz und gar nicht an einer diplomatischen Verlegung des Vorkalles zu verzweifeln. Bei der von Bulgarien angeregten Völkerbundaktion könnte ja zunächst die Angelegenheit durch die Einsetzung einer Untersuchungskommission, die Griechenland den Bulgaren verweigert hat, aber dem Völkerbund, dessen Mitglied es ist, nicht gut abzugehen kann, zunächst einmal in die Länge gezogen werden. Die bulgarische Auffassung, daß es dem Kabinett Pangalos bei der ganzen Aktion hauptsächlich darauf ankommt, seiner gegenwärtig außerordentlich freilich unruhen Lage durch eine außenpolitische Diversion auszuweichen, klingt sehr plausibel. Die beständigen Veränderungen im Ministerium, die im Anschluß an den Streit um die Verdringung der Kennzeichen die letzten Tage ausgefüllt haben, bezeugen deutlich die prekären innerpolitischen Verhältnisse. Pangalos dürfte durch seine kriegerische Geste vor allem bereits den Hauptzweck erreicht haben, die auch schon während der Verhandlung in der Armee, dem eigentlichen Stützpunkt seines Regiments, wieder zu befestigen. Er kann sich jetzt vorzüglich darauf berufen, daß auf ihn der Vorwurf nicht zukomme, mit dem er hauptsächlich den gewalttätigen Sturz des Kabinetts Michailakopoulos begründet habe: der Vorwurf außenpolitischer Schwäche und mangelnder Wahrung der nationalen Würde. Da ihm dieser Erfolg schon einigermaßen sicher ist, so ist nicht anzunehmen, daß er dem rasch eingeleiteten Vordringen der bulgarischen Mächte, die Angelegenheit wieder in ruhigeren Fahrwasser zu bringen, harnischigen Widerstand entgegenzusetzen wird. Der Versuch, etwas für Korfu“ zu nehmen, dürfte für Griechenland doch etwas gewagt sein.

### Die deutschen Öptanten in Polen.

Keine Ausweisung mehr.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**Warschau, 23. Oktober.**  
Außenminister Strzymski erklärte heute dem deutschen Gesandten Kaufner, daß auf Grund der polnisch-deutschen Verständigung, die in Locarno zustande gekommen ist, sich die polnische Regierung entschlossen habe, den deutschen Öptanten, die bekanntlich am 1. November das Land verlassen sollten, das Recht zu erteilen, im Lande zu verbleiben. Der deutsche Gesandte hat nach Verständigung mit dem deutschen Außenministerium die in Frage kommenden deutschen Konsulate in Polen angewiesen, die diesbezüglichen Mitteilungen sofort an die deutschen Öptanten in Polen telegraphisch mitzuteilen.

### Wen wählst Du am Sonntag?

Das Kreuz des Christen gehört auf Nr. 5.

1	
2	
3	
4	
5	Deutsche Demokratische P.
6	
7	
8	

Zur Groß-Berliner Stadtverordnetenwahl.

**Budapest, im Oktober.**  
In der alten Monarchie kam die ungarische Volkswirtschaft wenig zur Geltung. Wien war da dominiert, und so oft Ungarn mit seiner Wirtschaftspolitik einen selbständigen Schritt unternahm, begegnete es Widerstand und Hindernissen. Es hieß immer, Ungarn wolle auf diese Weise die Monarchie sprengen, und seine Bestrebungen nach wirtschaftlicher Selbständigkeit verärgern eigentlich politische Ziele. Das das falsch war, braucht man heute nicht nachzuweisen, es hätte auch seinen Sinn und Zweck mehr. Nur eins möchte ich doch anführen, namentlich, daß es die stärksten und entscheidendsten Anhänger der politischen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeit in Ungarn waren, denen eine solche Tendenz eingeschrieben wurde. Später kam man in Oesterreich zu der Überzeugung, daß das Gegenteil der Fall sei, und die wirtschaftliche Selbständigkeit Ungarns ein Mittel zur Stärkung der Monarchie sei, aber da war es schon zu spät. Die prädominierende wirtschaftliche Stellung Wiens dem Auslande gegenüber war eine natürliche Erscheinung, die Folge seiner politischen Bedeutung, und so kam es, daß auch die Verbindungen Ungarns mit dem Ausland fast ausschließlich über Wien ihren Weg nahmen. Nur in sehr vereinzelten Ausnahmefällen konnte Budapest unmittelbare Beziehungen anknüpfen. Dies mußte bei uns sehr unangenehm empfunden werden, aber es war verständlich und zum Glück erklärlich, denn nie hat jemand von einem ungarischen Wirtschaftler, Gelehrten oder Künstler gehört, immer nur von einem österreicher.

Die stärksten wirtschaftlichen Beziehungen hatte Ungarn — aber auch überwiegend über Wien — in Vorkriegszeit mit Deutschland. Sowohl was sein Kreditwesen, wie auch was den Warenaustausch anbelangt. Das war wieder selbstverständlich die natürliche Folge des politischen Verhältnisses. Denn Politik und Volkswirtschaft hängen miteinander in engster Verbindung. Nur mit dem Unterschied, daß in einem Falle die Politik der Volkswirtschaft dient, im anderen Falle letztere ein Mittel der Politik ist. Für letzteres boten die Balkanländer in den Vorkriegszeiten schlagende Beweise. Der verhängnisvolle Fehler, den die österreichisch-ungarische Monarchie — und letzten Endes auch das Deutsche Reich — beging, war eben, daß sie diese Wahrheit nicht anerkennen wollte. Graf Tislatz und Graf der Kellere, dieser große Staatsmann, warnte sein Land noch in den letzten Jahren, die Balkanländer der durch engere wirtschaftliche Politik nicht in die Arme Frankreichs zu treiben. Er sah voraus, was gekommen ist, die verkehrte Wirtschaftspolitik zeitigte ihre Früchte. Die deutsche Wirtschaftspolitik von damals kann sich auch keiner besonderen Vorzüge rühmen.

Der Krieg und noch mehr der sogenannte Friede schufen eine gründlich abgeänderte mittel- und osteuropäische Geographie. Innerhalb dieser das verfallene, auf sein Drittel verkleinerte unabhängige Ungarn. Die Bande mit dem alten Österreich wurden gelöst und damit auch jede wirtschaftliche Abhängigkeit. Nicht nur, sondern auch die Verbindungen, die bestanden hatten, wurden stark gelockert. Dem Wien vermag bei weitem nicht seine Kraft anzuzuwenden wie vorher. Mit der Abänderung der geographischen Karte und trotz seiner in der Weltgeschichte einzig dastehenden Verfallung hat das nunmehr keine Ungarn seine Bedeutung dem Auslande gegenüber nicht verloren, seine Volkswirtschaft scheint ein Mittel der Politik geworden zu sein.

Die geographische Lage des Landes vermag dies zu erklären. Wenn es noch so verfallene ist, kann ihm eine politische Wichtigkeit nicht abgesprochen werden. Die italienische Außenpolitik sieht hierfür zu allererst Verständnis. Noch während der Vorkriegszeit und unmittelbar darauf. Das begann mit der Errichtung der italienisch-ungarischen Handelskammer, dann mit Beteiligung italienischen Kapitals an ungarischen Unternehmungen, Erwerbung der Majorität einer Großbank, Ankauf einer Donauschiffahrtsgesellschaft. Frankreich folgte, aber im größeren Stil. Die ungarischen Staatsbahnen sollten an Frankreich verpachtet werden, dies wurde aber durch England vereitelt. Aber der Staat des großen Donauhafens und der Hafen selbst gelangte an Frankreich; in einer Großbank die Majorität, bei einer anderen ein starker Einfluß; die französisch-ungarische Handelskammer erweitert rege Tätigkeit, und Frankreich ist die einzige Großmacht, mit welcher Ungarn schon einen Tarifvertrag hat. In mehreren großen Industrien ist französisches Kapital beteiligt, was um so leichter ist, da in Ungarn die Industrie befreit ist. England hat die unantastbare Verbindung mit der ungarischen Notenbank, die ungarische Krone fest mit dem Pfund in Relation. Es war dies die für Ungarn denkbar beste Lösung und eine sehr anerkannteste Maßnahme unserer Notenbank. England beherrscht auch drei Großbanken in Ungarn, die eine ist eine Filiale einer englischen Bank mit dem Sitz in London, bei der anderen besteht englisches Kapital die Majorität. Auch in der ungarischen Donauschiffahrt ist englisches Kapital stark beteiligt. Auch sonst erfreut sich die ungarische Volkswirtschaft der Unterstützung englischen Kapitals, die ungarische Wahlen und Zuerückführung findet dort ihre